

HELFEN STATT REDEN

Wofür die KPÖ-Politikerbezüge 2005 verwendet wurden

Wie jedes Jahr legte Ernest Kaltenegger die Verwendung seiner Politikerbezüge offen, diesmal zum ersten Mal als Obmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ihm gleich taten es die KPÖ-Landtagsabgeordneten. Insgesamt gingen mehr als 87.000 Euro an in Not geratene Menschen und Sozialprojekte.

Für KPÖ-Mandatarinnen und -mandatare gilt eine Einkommensgrenze von 1.950 Euro netto, darüber hinausgehende Beträge werden in den Sozialfonds von Ernest Kaltenegger, dessen Bruttoeinkommen als Klubobmann monatlich 9.659,10 Euro ausmacht, einbezahlt.

Durch die Vertretung der KPÖ im Steiermärkischen Landtag stiegen die Ausgaben für in Not geratene Menschen im Jahr 2005 auf insgesamt 68.490,60 Euro, zusätzlich wurden 19.506 Euro für Sozialprojekte gespendet.

Klubobmann Ernest Kaltenegger: „Die meisten Probleme gibt es in den Bereichen Strom, Heizung und

Miete. Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die sich an uns wenden, weil sie ihren Lebensbedarf nicht mehr decken können. Wir können den Betroffenen oft schnell und unbürokratisch helfen. In Österreich gibt es sehr viele Menschen, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Hauptbetroffen sind vor allem Mindestrentnerinnen und Alleinerzieherinnen.“

Diese Unterstützungen seien notwendig, weil viele Menschen kurzfristig Hilfe brauchen. Die Landtagsarbeit der KPÖ zielt darauf ab, die Lebensbedingungen so zu verbessern, dass Menschen nicht auf derlei Unterstützungen angewiesen sind, so Kaltenegger.

Großverdiener

Doppelfunktion verhilft Ex-Landesrat Wolfgang Erlitz zu fettem Konto

Der ehemalige Gesundheitslandesrat Erlitz wurde nach der Landtagswahl auf Vorschlag der SPÖ zum amtsführenden Präsidenten des Landesschulrats gewählt; gleichzeitig sitzt Erlitz als SPÖ-Vertreter im Bundesrat in Wien. Der Vertreter der KPÖ im 15-köpfigen Landesschulrat, AHS-Lehrer Andreas Fabisch, war bei dieser Wahl der einzige, der Erlitz nicht seine Stimme gab.

Fabisch: „Diese Funktion an der Spitze des Landesschulrats ist eines der verantwortungsvollsten Ämter, die das Land Steiermark zu vergeben hat. Deshalb kann

die Funktion sicher nicht als Halbtagsjob, zusätzlich zur Tätigkeit als Bundesrat in Wien, ausgeübt werden. Ämterkumulierungen dieser Art lehnen wir entschieden ab!“

Als Landesschulratspräsident verdient Erlitz knapp 8.000 Euro monatlich. Zusammen mit seinem Bezug als Bundesrat von rund 3.700 Euro verdient er beinahe so viel wie als Landesrat. Das legt den Verdacht nahe, dass Erlitz nur mit Hilfe dieses Doppelpostens dazu zu bewegen war, seinen Sessel als Gesundheitslandesrat an Helmut Hirt abzutreten.

Was Landespolitiker verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Landeshauptmann	14.682 Euro
Landeshauptmann-Stellvertreter	13.909 Euro
Landesräte	13.136 Euro
1. Landtagspräsident	10.432 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.727 Euro
Landtagsabgeordnete	5.022 Euro

Rezeptgebühr: Die Ärmsten müssen zahlen

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass die Rezeptgebühren für Angehörige von jenen Menschen abgeschafft werden, die davon befreit sind. Was kompliziert klingt, ist ganz einfach: Derzeit müssen Mitversicherte von Personen, die von der Rezeptgebühr befreit sind, die also ohnehin zu den sozial Schwächsten zählen, bei Krankenhausaufenthalten Selbstbehalt berappen. Ihre Angehörigen hingegen sind von dieser Abgabe befreit. Diese Regelung

ist für die KPÖ ungerecht. „Die Steiermark kann hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Betroffenen schnell helfen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Sein Antrag wurde im Gesundheitsausschuss einstimmig angenommen. Nun bleibt abzuwarten, ob die Landesregierung bereit ist, auch den sozial schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft eine gute medizinische Versorgung ohne hohe Kosten zu ermöglichen.



Die KPÖ arbeitet an Hilfe gegen teure Spitalsaufenthalte und Rezepte.